

Nicht ganz dicht

...dürfte unter anderem die Staatskasse der neuen-alten SPÖ/ÖVP-Regierung sein. Das „Budgetloch“ ist diesen Damen und Herren ein willkommener Anlaß um die Kosten für die Wirtschaftskrise weiterhin uns aufzubürden! Die Sparpakete und Verschlechterungen der neuen Regierung werden noch größer und härter werden als bisher.

Die Regierungsparteien haben vor der Wahl angeblich nichts von diesem massiven Geldbedarf gewusst. Hintergrund ist wohl keine Rechenschwäche, sondern die Absicht bei den Wahlen nicht noch mehr Stimmen zu verlieren. Wichtiger ist jedoch, wodurch dieses Budgetloch angeblich zustande kommt.

Bankenrettung und Profite

Bis jetzt sind für die Bankenrettung rund vier bis sechs Milliarden an Steuergeld versickert. Die Regierung kalkuliert mit noch einmal so viel Geld für den Bankensektor. Realistischerweise wird jedoch selbst diese Summe nicht ausreichen...

Angeblich seien diese Maßnahmen notwendig um die Wirtschaft zu stabilisieren. Dabei wird „übersehen“, dass die Profite der großen Banken und Konzerne weiterhin fröhlich sprudeln. Sowohl die Zahl der MillionärInnen als auch ihr Vermögen wachsen munter an.

Hausgemachtes Budgetloch mit System

Dennoch steuern die Reichen und ihre Unternehmen immer weniger zum Budget bei. Der Anteil vermögensbezogener Steuern am Gesamtsteueraufkommen sinkt seit Jahrzehnten kontinuierlich. Gleichzeitig ist der Anteil der Massensteuern (Mehrwertssteuer, Lohnsteuer...) weiterhin gestiegen und macht mittlerweile rund drei Viertel des Budgets aus.

Es waren gerade jene Parteien, die jetzt behaupten, dass kein Geld da ist, die es den Reichen ermöglicht haben ihr Vermögen steuerschonend in Stiftungen und Steueroasen zu parken. Österreich befindet sich unter den weltweiten Top-20 der



Schattenfinanzplätze und verfügt in etwa über die gleiche Geheimhaltung für Vermögen wie die Steueroase Luxemburg. Unterm Strich ist das Geld, das jetzt angeblich in der Staatskasse fehlt, auf den diversen Bankkonten der Reichen (in Österreich und sonst wo auf der Welt) gebunkert.

Sparpaket statt Umverteilung

Finanziert werden wird das Budgetloch durch neue Sparpakete und weitere Verschlechterungen unseres Lebensstandards. Dabei wird sicherlich auch fleißig im Sozial- und Gesundheitsbereich gekürzt werden. Um das vorzubereiten, behaupten manche Medien immer wieder, dass Österreich im internationalen Vergleich „zu viele“ ÄrztInnen und Spitalsbetten habe. In einer Hinsicht stimmt das sogar: Gangbetten haben wir tatsächlich mehr als genug...

Von einer wirklichen Vermögens- und Millionärssteuer, die zu einer echten Umverteilung von Reichtum und zur Finanzierung des Gesundheitsbereichs oder des Bildungssystems beitragen würde, ist aber keine Rede.

Widerstand!?

Um die Sparpakete und Verschlechterungen zu verhindern, bräuchte es eine breite Protestbewegung mit Streiks. 2003, bei den breiten Streiks gegen die Pensionsreform der Regierung, konnten wir sehen, dass so etwas durchaus möglich ist. Die Gewerkschaftsführung lässt uns jedoch seit Jahren im Stich und zeigt auch diesmal, dass ihr die Einbindung in die Regierung wichtiger ist als die Verteidigung unserer Interessen.

Es geht aber auch anders. In Oberösterreich haben sich in Folge der Streiks in den Ordensspitälern Kolleginnen und Kollegen aus allen Krankenhäusern zusammengeschlossen und eine Kampagne gegen die ständigen Verschlechterungen der Einkommens- und Arbeitssituation gestartet (mehr dazu auf der Rückseite). Die positiven Erfahrungen und Kontakte dieser Protestmaßnahmen sollen als Vorbild dienen, um den kommenden Sparpaketen etwas entgegenhalten zu können. Da könnten wir uns etwas abschauen. Denn verlassen können wir uns letztlich nur auf uns selber.